

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Montag

8. Februar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.M. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mussolini, der Zerschmetterter.

Weitere Entdeutschung Südtirols. - Was soll Stresemann antworten.

Die Rede, die Mussolini am Sonnabend in der italienischen Kammer gehalten hat, ist nicht die erste dieser Art. Wenige Wochen ist es her, daß der italienische Diktator von den zwei Millionen junger Männer gesprochen hat, die sprunghaft auf sein Wort laurieren. Die über den Brenner vorgetragene Trikolore ist nur eine Variation dieser alten Redensart. Zu besonderer Aufregung über sie liegt kein Grund vor. Früher war es Deutschland, von dem solche Zerschmetterungsreden ausgingen, und wenn auch schließlich die Wirkung nach fast dreißig Jahren katastrophal war, besonders für Deutschland, so hat doch niemand in einer einzelnen Rede Wilhelm II. eine unmittelbare Bedrohung des Friedens gesehen. Ähnlich liegt es auch hier.

Es gibt Leute, die meinen Herr Stresemann müsse nun im Reichstag in derselben Weise antworten, das verlange Deutschlands Würde. Aber Deutschland ist noch immer kein Faschistenstaat, und Herr Stresemann ist gesund; man könnte also für ihn nicht dieselben Entschuldigungsgründe anführen wie für Mussolini. Außerdem fehlen für Ausbrüche militaristischen Größenwahns in Deutschland alle realen Voraussetzungen.

Wer die Dinge nüchtern betrachtet, wird einsehen müssen, daß die deutsche Regierung im Augenblick nichts tun kann, um die Lage der Deutschen in Südtirol zu lindern. Selbst wenn Deutschland schon im Völkerbund wäre, müßte dieses Problem behutsam angefaßt werden und bei dem gegenwärtigen Zustand nervöser Ueberreiztheit wäre keine Lösung kaum möglich. Die deutsche Regierung muß es also schon nicht-offiziellen Stellen überlassen, die Diskussion über Südtirol, die eng mit der über den Faschismus verbunden ist, mit der notwendigen Offenheit fortzuführen.

In Deutschland selbst werden ja diese Dinge recht verschiedenartig angefaßt. Die Sozialdemokratie bekämpft das faschistische System als solches und sieht in den Vorgängen in Südtirol eine feiner Auswirkung. Andere Kreise möchten von der grundsätzlichen Frage ganz absehen, sie betrachten die Leiden Südtirols nur unter dem Gesichtspunkt der nationalen Solidarität. Die Völkischen schließlich sind für den Faschismus so begeistert, daß sie gar keine Zeit und Lust haben, sich um die Art, wie er die Deutschen Südtirols behandelt, zu kümmern.

Uebereinstimmung besteht aber darin, daß niemand in Deutschland bestreitet, daß der Friede von St. Germain Italien Italiens die Brennergrenze zuerkannt hat, und daß Südtirol kein Kampfsobjekt zwischen Deutschland und Italien ist. Nicht das Herrschaftsrecht Italiens wird bestritten, sondern der Mißbrauch, der mit ihm getrieben wird, erfährt berechtigte leidenschaftliche Kritik.

Diese Kritik wird nicht verstummen. So lange der Mißbrauch besteht. Und daß sie denken, die ihn verüben, nicht gleichgültig ist, hat die Rede Mussolinis gezeigt.

Das Programm Mussolinis.

In seiner Antwort auf die bestellte Interpellation, wozu wir einen Teil schon im Sonntagsblatt gemeldet haben, sagte Mussolini weiter:

In verschiedenen Fragen hat die faschistische Regierung für die Bedürfnisse der Ober- und Unterschicht gesorgt. In der Frage der sogenannten lombardierten Anleihen. Ich mußte selbst eine Bauerndelegation des oberen Trentino empfangen. Die mit ein greifbares Zeichen ihrer Dankbarkeit übergeben wollte. Ist es notwendig, dem italienischen Volke und der zivilisierten Welt die Wünsche ins Gedächtnis zurückzurufen, die die Völker des Bauerngermanismus für den Fall eines deutschen Sieges hatten?

Er zitiert jetzt die „Forderungen“ einiger verrückten Schwärzselben aus der Kriegszeit und fährt dann fort: Diese Drucksachen kennen nicht unsere Mentalität, unser Gefühl der Würde, unsere Moralität und vor allen Dingen kennen sie nicht das faschistische Italien; sie haben unsere tiefen Wurzeln nicht bearbeitet, die traditionellen Instinkte, die die Wurzel unserer Bewegung sind, die ihr Leben gewährt haben (indem sie das ihrer Gegner vernichteten) und ihre Zukunft sichern.

Wir werden alle unsere Gesetze, jene, die bereits erlassen sind, und jene, die noch herauskommen werden, streng, methodisch und zäh zur Anwendung bringen, mit jener Methode der katiblistischen Ausdauer, die dem Faschismus eigen ist. Wir werden jenes Gebiet wieder zu einem italienischen machen, denn es ist italienisch aus geographischen und aus geschichtlichen Gründen. Tatsächlich kann man vom Brenner sehr wohl sagen, daß er die Grenze darstellt, die von der unerschöpflichen Hand Gottes festgelegt wurde. (Sehr lebhafter Beifall.)

Die Deutschen im oberen Eisack stellen nicht eine nationale Minderheit dar, sondern eine ethnische Reliquie.

Es handelt sich um 180 000 Seelen, während die Deutschen in der Tschechoslowakei 3 1/2 Millionen gegenüber 3 Millionen Tschechen ausmachen. Von diesen 180 000 sind 80 000 deutsch gemorene Italiener, die wir zurückzugewinnen versuchen werden. Wir werden versuchen, ihnen wieder zu ihren alten italienischen Namen zu verhelfen, wie sie aus standesamtlichen Akten sich ergeben, damit sie stolz darauf sein, Staatsbürger des großen italienischen Vaterlandes zu sein. Die anderen Hunderttausend sind der letzte Rest aus der Zeit barbarischer Invasionen. (Beifall.) Aber auch für sie werden wir die römische Politik der strengen Verschärfung anwenden. Dem deutschen Volke aber sagen wir: Das faschistische Volk will dir ein aufrichtiger Freund sein, aber ein Freund, der dir in die Augen sieht, ein Freund mit den Händen nach oben, ein Freund außerhalb der für uns nummehr überlebten „Kultur“. (Heiterkeit; Beifall.) Meine Rede muß als eine politische und diplomatische Stellung-

nahme betrachtet werden. Ich hege den Wunsch, daß sie von allen jenen gehört werde, die sie hören sollen, damit die italienische Regierung nicht zu einer konkreten Antwort sich entschließen muß, wie es geschehen würde, wenn morgen die deutsche Regierung die Verantwortung übernehmen würde für das, was sich in Deutschland zugetragen hat (?), und für das, was in Deutschland noch geschehen könnte. (Lebhafter Beifall.) Eine faschistische Provinzzeitung brachte unlängst über sechs Spalten hinweg die Schlagzeile: „Das faschistische Italien wird niemals seine Flagge auf dem Brenner streichen.“ Ich habe das Blatt dem Direktor mit folgender Berichtigung zurückgeschickt: „Das faschistische Italien kann, wenn es nötig sein sollte, die Trikolore weiter vorwärts tragen, aber niemals niederholen.“

Nach dieser Rede sammelten die Drehfaschisten Geld für ein Battistidentmal in Bozen. Mussolini ließ sich — als Aussch-Journalist — herab, gleichfalls fünf Lire zu zeichnen. Allerdings war auch Battisti vom Sozialisten zum Uebernationalisten geworden. ...

In den Ententeländern zeigt sich überall, daß nur die Chauvinistenpresse, die den Ungeist von Versailles und St. Germain verewigen will, konsequenterweise auch dieser Mussolini-Rede zustimmt. Dagegen stellen die Zeitungen der Linksparteien in England und selbst in Frankreich die Wahrheit fest, daß der Faschismus die staatliche Macht Italiens mißbraucht, um ein wehrloses, kleines Minderheitsvolk schamlos zu internationalisieren. Auch große amerikanische Blätter werden sich scharf gegen Mussolini, besonders gegen seine Drohworte, die als kriegerisch auch in England scharf verurteilt werden.

Der Antrag nach Genf.

Berliner Besprechung Drummond-Stresemann?

Der Wortlaut des deutschen Ausnahmeantrags in den Völkerbund ist fertiggestellt und liegt am heutigen Montag dem Reichskabinett, das unter Vorsitz Dr. Luthers tagt, zur endgültigen Stellungnahme vor. Das Schreiben hat wesentlich formellen Charakter, es hält sich an die entsprechenden Paragraphen der Völkerbundsatzung. Die Reichsregierung wird natürlich ihrem Ausnahmegebet nach einmal zustimmen, so daß die Uebermittlung nach Genf erfolgen kann. Man glaubt, daß dann der Generalsekretär des Völkerbunds in Berlin eintreffen wird, um mit dem Reichsaußenminister über die Befreiung der Deutschland zustehenden Stellen im Völkerbund Rücksprache zu halten.

Englisch-italienische Mittelmeerteilung?

Ein sensationelles Macdonald-Interview.

Paris, 8. Februar. (WZ.) Der ehemalige englische Premierminister Ramsay Macdonald hat auf der Durchreise durch Frankreich einem Redakteur des Faschistenblattes „Le Nouveau Siècle“ eine Unterredung gewährt, in der er erklärt haben soll: Das englisch-italienische Schuldenabkommen ist ein Konfession, denn es ist abgeschlossen worden, ohne daß man den äußerst schweren Steuerlasten der englischen Steuerzahler Rechnung getragen hat. Das Abkommen kommt demnach einer Annullierung der italienischen Schulden gleich und wer wird die Kosten für die Phantasienschulden bezahlen? Der englische Steuerzahler! Nur ein Geheimvertrag kann ein solches Abkommen wie dieses Schuldenabkommen rechtfertigen. Ich bin vollkommen davon überzeugt, daß ein derartiger Geheimvertrag besteht. Mussolini hat sich nicht nach Kapallo begeben einzig und allein, um Chamberlain zu beglücken; die beiden Minister dürften dort die Grundlagen für das Abkommen, das später in London abgeschlossen werden soll, gelegt haben. Ich weiß nicht, was dieser Vertrag beinhaltet, aber man darf annehmen, daß in ihm von Mossul und vielleicht auch von Tunis die Rede ist. Man darf nicht vergessen, daß Italien Absichten auf das Mittelmeer hat, und es ist leicht möglich, daß die englische und die italienische Regierung sich in die Interessen des Mittelmeers geteilt haben. Die Faschisten haben erklärt, daß Tunis Italien zufallen müsse, und möglicherweise wird England in Zukunft italienische Forderungen unterstützen.

Auf den Einwand des Befragten, daß das doch ganz schwerwiegende Probleme seien, erklärte Macdonald, das sei nur seine Ansicht; er könne sich täuschen, er wünsche es sogar, aber ... Auf die Frage des Journalisten, ob England und Italien sich etwa auf Kosten Frankreichs verständigt hätten, erklärte Macdonald, das sei möglich, er möchte es allerdings nicht behaupten. Im übrigen möchte er als Führer der Arbeiterpartei zum Ausdruck bringen, daß die Regierung Baldwin am dem Tage, an dem sie das Abkommen Vösp-Churchill unterzeichnet habe, sich selbst den Todesstoß versetzt.

In diesen Äußerungen ist zunächst sonderbar, daß Macdonald einem Faschistenblatt ein Interview gewährt; aber es ist möglich, daß er sich dessen „Blauhenden“-Charakters nicht bewußt war, den ja der Interviewer auch nicht zur Schau getragen haben wird. Außerdem lehrt Macdonald aus den Wunderwäldern von Cayon zurück, wo man nicht unbedingt von den französischen Nachbarn der Mussolinisten hören muß.

Ob Macdonald die — an sich gar nicht unwahrscheinlich klingenden — Vermutungen über die Außenpolitik der britischen Konservativen ausgesprochen hat, hat sich bis zur Stunde nicht feststellen lassen. Bei dem Aufsehen, das sie hervorgerufen, wird bald eine Äußerung Macdonalds notwendig werden.

Deutschlands Pensionslast.

Die Folge des Weltkriegs.

Der Reichshaushalt für 1926 schließt auf der Ausgabenseite ab mit 7700 Millionen Mark. Will man die reinen Verwaltungskosten des Reichs feststellen, so sind von der obigen Endsumme abzuziehen: die Steuerüberweisungen an die Länder mit 2337 Millionen, die Ueberweisung an den außerordentlichen Haushalt mit 294 Millionen, die inneren Kriegslasten (Zahlungen auf Grund der Gewaltschadenverordnung, Wirtschaftsbeihilfen an verdrängte Beamte usw.) mit 309 Millionen, die Reparationszahlungen mit 600 Millionen und die Münzprägungskosten mit 68 Millionen. Zieht man diese 3608 Millionen von der obigen Endsumme ab, so verbleibt ein Betrag von 4100 Millionen. Von dieser Summe entfallen allein auf Ruhegehälter und Versorgungsgebühren im ganzen 1557 Millionen Mark. Diese letzteren Verpflichtungen machen mithin volle 38 Proz. der eigentlichen Verwaltungsausgaben des Reichs aus.

Der Betrag für Ruhegehälter und Versorgungsgebühren steigt mit jedem Jahr. Er betrug in 1924 894 Millionen, in 1925 stieg er auf 1407 Millionen. Die große Steigerung ist in der Hauptsache auf die damals dringend notwendig gemessene Erhöhung aller Gehalts- und Pensionslöhne zurückzuführen. In 1926 wird eine Summe von 1557 Millionen angeordnet. Mit diesen mehr als 1 1/2 Milliarden Ausgaben bildet der Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds den bei weitem größten aller Einzelteile. Es verlohnt daher eine Untersuchung, ob und eventuell wo auch hier gespart werden kann. Die bürgerlichen Parteien fordern seit langem die denkbar größte Sparjamkeit auf allen Gebieten der öffentlichen Wirtschaft. Die Industrie verlangt sogar einen schematischen Abschluß von mindestens 20 Proz. gegenüber den Ausgaben von 1924. Solchem Verlangen ist von der Regierung mehrfach auch bei solchen Anzetteln entsprochen worden, bedenen nach der Ueberzeugung der Sozialdemokratie nicht gespart werden durfte, sondern bei denen man hätte zuleger müssen. So sind die Ausgaben des Reichsarbeitsministeriums, in welchem die gesamte soziale Fürsorge bearbeitet wird, gemessen an den Gesamtausgaben von 8,2 in 1924 auf 5,2 Proz. in 1926 herabgemindert worden.

Andere Etats, wie z. B. das Wehrministerium, bilden dagegen für Regierung und bürgerliche Parteien das Büttel in der Richtung nicht an. Selbstverständlich kann es beim Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds nicht in Frage kommen, die Pensionen und die Hinterbliebenenversorgung der krieglich entlohnten unteren und mittleren Beamten zu kürzen. Sie müßten im Gegenteil nach dem Verlangen der Sozialdemokratie erhöht werden, soweit das nur irgend möglich ist. Anders dagegen steht es mit den Pensionen der hohen und höchsten Gruppen.

Der Pensionsfonds zerfällt in zwei Abteilungen; Zivilerversorgung mit rund 90 Millionen und Militärversorgung mit 1407 Millionen Mark Ausgaben. Die letztere benötigt also einen Betrag, sechzehnmal so groß, wie der der Zivilerversorgung. Es ist klar, daß die gesamte Zivilerversorgung in Deutschland mit 90 Millionen nicht bestritten werden kann. Mit dieser Summe werden auch nur die Ansprüche der Beamten der sogenannten Hoheitsverwaltungen gedeckt. Die großen Beamteneheere der Reichspost- und der Reichsbahnverwaltung wurden schon immer mit ihren Bezügen, ihren Pensionen und der Hinterbliebenenversorgung in den Spezial Etats dieser beiden Verwaltungen geführt und aus den Einnahmen dieser Betriebe bezahlt. Seit die Post und die Reichsbahn zu selbständigen Gesellschaften gemacht worden sind, erscheinen ihre Etats im Reichshaushalt überhaupt nicht mehr.

In der Militärversorgung sind enthalten die Versorgungsgebühren der Kriegsbeschädigten mit 412 Millionen, die der Hinterbliebenen von Kriegsbeschädigten mit 720 Millionen, zusammen also 1141 Millionen. Auch bei diesen Kategorien Versorgungsberechtigter kann bei einer Herabsetzung der Sätze nur eine Erhöhung, keine Herabsetzung in Frage kommen. Aus dem verbleibenden Betrag der Militärversorgung von 326 Millionen Mark werden neben allen anderen Unterstützungen, neben der Heilbehandlung und den damit zusammenhängenden Ausgaben bestritten: die Versorgungsgebühren von 31 793 Offizieren, 8305 Beamten und Kapitulanten der alten und 3491 Offizieren der neuen Wehrmacht, von 2508 Wartegeldempfängern sowie von 16 442 Offiziers- und Beamtenwitwen der ehemaligen, 362 Witwen der neuen Wehrmacht und von im ganzen 5226 Waisen. Die für diese Witwen und Waisen in 1926 aufzubringenden Summen betragen 5 262 000 M. Für Ruhegehälter und Wartegelder der Offiziere und Beamten der ehemaligen und der neuen Wehrmacht werden beansprucht 233 Millionen Mark.

Im einzelnen beziehen von den höheren Chargen Pensionen:

Table with 4 columns: Rank, der alten, 4/6, der neuen Wehrmacht. Rows include: 7 601 Hauptleute, 6 294 Majore, 1 745 Oberlieutenant, 1 741 Oberste, 1 000 Generalmajore, 408 Generalleutnant, 149 Generale, 6 Kriegsminister.

Die Republik muß also an 6 kaiserliche Kriegsmilitärminister und 1700 kaiserliche Generale hohe Pensionen zahlen! Und diesen sind neben all den Hofgeneralen auch in großer Zahl die Häupter und die männ-

lichen Sprossen der früher in Deutschland regierenden Fürstengeschlechter vertreten, erlangten diese alle doch in ganz jungen Jahren schon hohe Chargen und rückten schnell in die höchsten Stellen ein. Aber auch unter den übrigen aufgeführten Pensionsempfängern befinden sich in sehr zahlreichen Fällen Männer, die die Pension zu einem „standesgemäßen“ Lebensunterhalt nicht bedürfen. Während bei der Zivilversorgung Beamte der höheren Rangstufen, sofern sie tüchtig sind, in immer steigender Zahl beim Verlassen des Reichs- oder Staatsdienstes in hochdotierte Stellungen der Industrie, des Handels oder der Verkehrsgesellschaften übertreten, gehören sehr zahlreiche Pensionäre aus der Militärversorgung begüterten Familien an. In Jahrhunderte alter Tradition sind in vielen Hunderten von adeligen Familien stets die Söhne als junge Offiziere in die feudalen Garderegimenter eingetreten, um dann, wenn sie die Freuden des Lebens ausgeschöpft und höhere Chargen erreicht hatten, den Dienst zu quittieren und sich der Bewirtschaftung ihrer Güter zu widmen.

Diese Familien sind, wohl nur mit wenigen Ausnahmen, der Sitz aller Umtriebe gegen die Republik; sie liefern neben dem Menschenmaterial auch das Geld für alle Versuche zur Untergrabung unserer republikanischen Staatsform. Die Frage entsteht: Soll das so weiter gehen? Soll und muß nicht, wenn irgendwo, hier gespart werden? Ist es nicht geradezu aufreizend, zu sehen, daß dem armen Invalidenrentner, der Kriegervitwe, die karglichen Bezüge sofort gekürzt werden, wenn sie durch irgendeinen glücklichen Zufall eine Kleinigkeit hinzuverdienen, während die hohen Pensionen ohne jede Rücksicht auf die privaten Verhältnisse der Empfänger ungekürzt gezahlt werden?

Schon vor dem Weltkriege im Jahre 1912 war der gesamte Reichstag von rechts nach links einig in der Frage, daß in gewissen Fällen die Pensionen gekürzt werden müßten, und verlangte die Einbringung einer entsprechenden Vorlage. Aber erst nach der Umwälzung im Dezember 1921 brachte die Regierung auf Betreiben der Sozialdemokratie das sogenannte Pensionskürzungsgesetz ein, das mit einigen Veränderungen dann in der Sitzung vom 27. Mai 1922 angenommen wurde. Es konnte nicht verkündet werden, weil die für Verfassungsänderungen vorgeschriebene Mehrheit nicht erreicht war.

Das Gesetz ging damals schon nicht weit genug. Es wollte die Pensionen in bescheidenem Ausmaß nur in den Fällen kürzen, in denen der pensionierte Beamte oder Offizier aus gewinnbringender Beschäftigung ein höheres Jahreseinkommen zu versteuern hatte. Einkünfte aus Vermögen, und seien es auch die größten, blieben unberücksichtigt. Seit 1921 haben sich nun die Verhältnisse von Grund auf geändert. Heute befindet sich der überwiegende Teil des deutschen Volkes in einer Notlage so schwer und drückend, wie sie zu jener Zeit noch nicht ausgedenkt war.

Gerade diejenigen, die über die „wohlerworbenen“, wiederholt feierlich bestätigten Rechte der Millionen von Anleihezeichnern erbarmungslos hinweggeschritten sind, dürfen vor dem Pensionsrat nicht haften. Die Zeit für ein erweitertes und verschärftes Pensionskürzungsgesetz ist gekommen. Gespart soll und muß werden. Auch nach dem Willen der Sozialdemokratie. In erster Reihe dort, wo Ueberfluß vorhanden ist.

Massenkundgebung in Leipzig.

Leipzig, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Eine machtvolle Kundgebung gegen die Fürstenabfindung veranstaltete am Sonntagvormittag die SPD. auf dem Markt in Leipzig. Schon lange vor Beginn marschierten die Massen mit vielen roten und schwarzroten Fahnen auf, so daß der große Platz die Menge nicht zu fassen vermochte. Seit langer Zeit hat Leipzig eine so gewaltige Kundgebung der Arbeiterschaft nicht mehr gesehen. Die Kundgebung wurde durch Gefänge der Reichlichen Chöre eingeleitet. Anschließend sprachen vom Balkon des alten Rathauses aus die Genossen Reichstagspräsident Lössle und Reichstagsabgeordneter Wilhelm Dittmann, die von der Menge stürmisch begrüßt wurden.

Kund um Sonja.

Von Erwin Friede.

Berlin hat seit geraumer Zeit seine Modelkönigin, Schön! Mänchen hat seine Modelkönigin. Der Grünwald hat seine Modelkönigin. Hamburg, Dresden, Leipzig, Köln... Doch wir wollen keine Geographie treiben.

Berlins Modelkönigin heißt Sonja und ist ein Mannequin. Schön! Kronen sind gerollt, Throne umgestürzt. Wir wählen Königinnen. Kronen Schönheit und Eleganz. Doch nicht die elegante Frau wurde gewählt, sondern ein Mannequin. Nicht die Schönheit wurde erforscht, sondern Sonja.

Es war die Verherrlichung eines Veruses, die Sonja wählte. Denn der volle Name der Königin ist: Sonja aus dem Hause Hehl. Nicht eine Homilie stellt die Kronenträgerin, sondern eine Firma. Man nennt das im allgemeinen Reklame. Hier heißt es freier Wettbewerb.

Man sieht zur Genüge: die jahrhundertelange Herrschaft einer Dynastie hat uns verlernen lassen, wie man Könige wählt. (Das ganze Volk stellt die Bewerber. Jede Frau ist es. Qualitäten sollten ausschließen.) Wir sind zu unerfahren im Königsmachen. Oder aber: man sieht, wie auch früher bei solchen Sachen geschoben wurde. Wie auch damals Reklame, Beziehungen und geschicktes Management entschieden.

Schön! Rollen wir es. Sonja ist gewählt. Vermutlich wird sie schon sein. Wahrscheinlich versteht sie Toiletten zu tragen. Ich habe sie noch niemals persönlich gesehen. Nach den Bildern gefällt sie mir nicht. Nun sind ja Ansichten über Schönheit zum Glück verschieden. Der eine hält für mich, was der andere prämiert.

Ich sage nichts gegen Sonja. Aber: Sonja gab den Startschuß zum letzten Berliner Sechstagerrennen ab. Sie schoß sogar zweimal. Aus Schützern- und Verlegenheit sagen die einen, die Mannequins zu ihren Freundinnen zählen. Um sich zu zeigen, urteilt der Reich... Sonja war der Mittelpunkt des Reklameballers. Sonja war hier und dort, ließ sich sehen und bestaunen, hatte Baldachin, Krone, Szepter und Hofnarren.

Ich sage immer noch nichts gegen Sonja. Aber... gibt es keine andere königliche Tätigkeit für sie? Ein Auftreten, bei dem nicht immer gleich das Publikum von ihr erfährt? Bei dem nicht immer gleich die Presse gezwungen ist, sie untertänig zu erwähnen? Man will doch nicht immer von der Firma Hehl hören. Schließlich ist uns auch ein Vorgänger der schönen Sonja auf die Nerven gefallen, weil man zuviel von ihm hörte. Der Reife- und Redefähiger braucht weiß Gott keine Aufwertung zu feiern.

Ich sage nichts gegen Sonja. Aber schließlich wäre doch vielleicht das Vorbild in der neuen Welt ein passenderer Ort für ihre Regententätigkeit. Sie würde auch dort populär werden können und wäre doch mehr unter sich.

Ich wähle noch mehr: Früher war es ein Tanz um das berühmte goldene Kalb. Jetzt tanzt man um Sonja.

Bis jetzt hatte Sonja von ihrer königlichen Stellung nur einen Tausendmarktschein, sehr viel Amüsement und einen Specken. Wenn das aber so weiter geht, wird der Specken bald den Umfang eines Bogels erreichen, der größer ist als der Adler auf der deutschen Kriegsglobe.

Nur kein sachlicher Erfolg!

Die Entlarvungsstrategie in Verwirrung!

Sie hatten es sich so schön gedacht. Die SPD. würde wieder einmal „entlarvt“ werden, die SPD.-Arbeiter, die Christlichen und die Hirsch-Dunderfischen würden in hellen Scharen in die Einheitskomitees laufen, dort würden sie unter die väterliche Obhut eines kommunistischen Vorstehenden genommen werden, dann würde man ganz im stillen das organisatorische Verhältnis enger gestalten und zum Schluß würde die kommunistische Partei im deutschen Parteileben etwa die Position haben, die heute die Sozialdemokratische Partei hat.

Zum „Entlarven“ gehören immer zwei. Und wenn der andere merkt, daß er „entlarvt“ werden soll, und sich zur Wehr setzt, dann verliert der Entlarver die Fassung. Denn zum Entlarven gehört vor allen Dingen Heimlichkeit, sonst funktioniert es nicht.

In dieser Lage ist jetzt die kommunistische Partei. Sie wollte mit dem Kampf gegen die Fürstenansprüche ein schmächtliches und heimliches Spiel treiben. Wir haben ihre hinterhältigen Pläne aufgedeckt. Nun lügt und schimpft die kommunistische Presse durcheinander und zeigt damit nur, wie sehr der kommunistische Plan in Verwirrung gekommen ist.

Die „Rote Fahne“ vom Sonntag veröffentlicht unter der Ueberschrift „Wels für das bürgerliche Fürstentum“ einen Artikel, der selbst für die Verhältnisse der „Roten Fahne“ reichlich verworren und albern ist. Unter der Hauptüberschrift stehen im Still eines Detektivromans zwei weitere Sensationsüberschriften: „Kampf in der SPD.“ — „Das Rätsel des Dolchstoßartikels gelöst.“ Das ist also ein Rätsel, daß wir die Hinterhältigkeit und die Gemeinheit der Kommunisten an den Pranger stellen, wenn wir sie auf ihren Schleichwegen ertappen! Hatten die Kommunisten erwartet, daß wir stillvergnügt zusehen würden, wie wir „entlarvt“ werden?

Im übrigen ist dieser Artikel ein einziger Tobsuchtsanfall gegen die Absicht der SPD., im Reichstage das Fürstentumskompromiß zu verbessern und zu verschärfen. Dieser Tobsuchtsanfall ist begrifflich; denn alles, was auf sachlichen Erfolg gegen die Fürsten abzielt, durchkreuzt die Dolchstoßtaktik der SPD. Die SPD. will auf allen Wegen den Fürsten zu Leibe gehen? Das ist Verrat! Mit diesem un sinnigen Geschrei zeigen die Kommunisten nur, daß es ihnen nicht auf den sachlichen Erfolg, sondern nur auf parteitaktisches Wandern ankommt.

Was ist es nun aber mit dem „Kampf in der SPD.“? Die „Rote Fahne“ will zunächst Paul Löbe gegen die Absicht, das Kompromiß im Reichstage zu verschärfen, ins Feld führen, ohne triftige Belege dafür beibringen zu können. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn in der Reichstagsfraktion der SPD. herrscht vollste Einmütigkeit, daß man auf allen Wegen den sachlichen Erfolg anstreben muß. Trotzdem behauptet die „Rote Fahne“:

„In der Sozialdemokratischen Partei tobt jetzt der Kampf um diese Entscheidung. Wenn man schon einen Gegensatz zwischen den Ansichten des Sozialdemokratischen Pressedienstes und denen Paul Löbes feststellen kann, wieviel größer muß da erst der Gegensatz zwischen den rechten Führern und den sozialdemokratischen Arbeitern sein?“

Im selben Atemzuge aber liefert sie selbst den Beweis dafür, daß sie den „Kampf in der SPD.“ — wir haben nach seinem Tode gesucht, ohne sie zu finden — nur erfunden hat, um ihr Entlarvungsmanöver zu unterstützen. Da schreibt sie: „Eine Schmach für die „linke“ SPD.-Blätter ist es, daß sie diese Heftkampagne des Parteivorstandes sturpesslos unterstützen, daß sie den „Dolchstoß“-Artikel des „Vorwärts“ womöglich noch sensationeller aufmachen. Alles nur aus Freude an der Kommunistenbege!“

Wo tobt denn nun der „Kampf in der SPD.“ um die „Rästel des Dolchstoßartikels?“ Die sozialdemokratischen

Arbeiter werden sich verwundert ansehen und werden sich sagen, daß bei den Kommunisten der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Die Kommunisten möchten die SPD.-Organisation ein wenig zerstören, deshalb laßt sie vom Kampf, der in der SPD. tobt. Wenn sie aber gar keine Anzeichen von einem tobenden Kampf finden, dann erfinden sie wenigstens eine Arbeiteropposition, unter deren Druck „der verräterische Wels“ vorwärts gerieben wird. Aber auch mit dieser Erfindung strafen sich die Kommunisten selbst. Wie steht es denn damit? Hat denn der Druck der Arbeiteropposition nachgelassen, daß „rechte Führerklaque“ und „linke“ Führer gemeinsam Arbeiterverrat in der Fürstentumgebung betreiben können, wie es die „Rote Fahne“ behauptet?

Mit Hinterhältigkeit, List und Heuchelei erreicht man keine politischen Ziele. Man riskiert nur, daß man auf frischer Tat errippt wird und dann selbst in Verwirrung gerät. Das sollten die Kommunisten endlich gelernt haben.

Justizetat im Haushaltsauschuß.

Justizreform — Regelung der Untersuchungshaft — Fall Wandt — Fememorde.

Der Haushaltsauschuß des Reichstags behandelte heute den Haushalt des Reichsjustizministeriums für 1924. Der Berichterstatter Abg. Dr. Korsch (Komm.) hob die Erhöhung der Summen für den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik und für die Sondergerichte sowie für Entschädigung für unschuldig erklarte Holt hervor. Er fragte, wann das Republikhaushaltgesetz aufgehoben werde.

Reichsjustizminister Marx erwiderte, für die Frage des Art. 48 sei das Innenministerium und nicht das Justizministerium zuständig; ebenso sei für die Aufhebung des Republikhaushaltgesetzes das Ministerium des Innern federführend.

Staatssekretär Joel erklärte, beim Reichsgericht seien an Freiheitsstrafen 185 ertollt, das Verfahren sei in 942 Fällen niedergeschlagen. Für das Reich und die Länder betragen die Zahlen 20 000 Straferlasse und 9000 Niederschlagungen.

Auf Anfragen der Abgg. Dr. Kolenfeld (Soz.) und Stoedter (Komm.) erwidert Reichsjustizminister Dr. Marx, eine Vorlage zur Reform des Strafrechtsbuches liege vor; es gingen fortgesetzt von den Ländern dazu Anträge ein. Der Minister fuhr fort: Wir nehmen an, daß im Juli, August oder September die Angelegenheit in den Reichsrat gelangen und Ende des Jahres etwa an den Reichstag kommen wird. Ueber die Verringerung der Vorschriften über die Holt usw. schweben Verhandlungen. Wenn sie sich zu lange hinzögen, könnte eine

provisorische Regelung der Untersuchungshaft ermogent werden. Sie ist aber vor Erledigung der Gesamtmaterie möglich. Eine Reform der Ehecheidung ist einstellend nicht zu erwarten. Der Justizminister legt dann die Rechtslage über die Amnestien auseinander und stellt Behauptungen über die Zusagen der Regierung richtig.

Im Falle Wandt

habe das Reichsjustizministerium so schnell wie möglich gearbeitet. Am Sonnabend um 2 Uhr sei ihm die Entscheidung des Reichspräsidenten zugegangen, und ohne Zögern sei sie nach Leipzig weitergeleitet worden.

Juristisch halte das Reichsjustizministerium übrigens das Reichsgerichtsurteil über Wandt für durchaus richtig. Was die

„Uebergänge der Gerichte gegen Rechtsanwälte“

betreffe, sei in fast allen Fällen ein Eingreifen des Justizministeriums ausgeschlossen gewesen; sie unterlägen dem Ermessen des Gerichts und der Judikatur. Die Frage der Sprech-erlaubnis sei Sache der Länder. Weder müsse auch die Presse recht wenig von dieser Zuständigkeit der Länder in juristischen Dingen, wie die Forderungen der Presse bewiesen: Wo bleibt die Erklärung der Regierung in Sachen der Fememorde? Der Minister erklärt, das sei Sache der preussischen Schwurgerichte gewesen. Eine Statistik über die in Haft befindlichen politischen Gefangenen ist sehr schwierig, solange nicht hier der Begriff „politischer Gefangener“ definiert worden ist.

Ich sage nichts gegen Sonja. Doch wenn das so weiter geht, werden wir von ihr ebenso schnell die Nase voll haben wie von der „entzündenden, blenden und jugendlichen Schultreterin, Ansohau- spielerin usw. usw.“, deren Lob aus allen Zeitungen, Zeitschriften erdröhnte. Sollte jedoch nur eine Krankheit durch die andere über- wunden werden können, dann bin ich aber doch lieber für Sonja. Ueberhaupt, Sonja! Ich bin überzeugt, daß ich mich in sie verlieben würde, wenn ich sie persönlich kenne. Ich glaube, daß sie mich von ihren Reizen überzeugen könnte, wenn sie bei mir wäre. Ja, ich fühle es, daß ich nur aus Reid über sie gelästert habe, weil ich sie der breiten Masse nicht gönne und am liebsten für mich allein hätte.

Ich will also nichts gegen Sonja gesagt haben. ...

Das neue Programm der Grande Disense. Auf dem stimmung- mardenen Podium des Bechstein-Saal, der Kammern aller Berliner Kunststorkammern, brachte Yvette Guilbert am Sonntagabend ein neues Programm. Singend aus dem Rilleu des galanten Feitaliers, alfranzösische Volkslieder und moderne Chansons. Wie immer ein Sprühregen von Pointen, überraschenden Nuancen, blendenden Sprücheln. Alles mit einer sprachtechnischen Virtuosität, einer schauspielerischen Verwandlungs- fähigkeit ohne Gleichen gegeben. Am stärksten in der Komit, in dem Lied von den guten Monieren, in der kleinen Satire auf die Un- zufriedeneit der Menschen, in den Porträts des neuen Reiches, wie ihn Aristide Briant schon vor dreißig Jahren gezeichnet, des traurigen jungen Mannes, in der Karikatur der Klosterbrüder. Nachdem, wo Schauerliches mit greller Pathetik gestaltet wird. Eine große Kunst, Gipfelleistungen, die weitumfassend, aber doch nicht ohne Grenzen sind. Eine Kunst, der sich der schlichte, noch deutschem Empfinden recht eigentlich volksliedgemäße Ton des Rait-Innigen versagt, der daher ein Lied wie das vom Tode des Jean Renaud mihlang. Die Einsalt, die ungekünstelte Wahrheit dieser schmucklosen Poesie fand keinen Ausdruck. Verscholl und erstichte im rauschenden Feuerwerk virtuoser Artistik. Ich glaube, es ist fast ein Vierteljahr- hundert vergangen, seit ich die Grande Disense das letzte mal erlebte. Doch sie in dieser Zeit jünger geworden ist, war nicht zu erwarten. Aber ihre Kunst zeigt keine Spur von Ermüdung, ist vielmehr be- wegter, sprühdender geworden. In der atemlos sich jagenden Fülle der Gesichte vielleicht schon etwas überladen und überbelgt. I. S.

Kolland-Jeder in der Volksbühne. Otto Grautoff, der Uebersetzer des „Johann Christoph“, spricht über Kolland, den die Volksbühne besonders ehren muß, weil er immer der Förderer und Förderer des Theaters für alle war. Dies zeigt am stärksten die Schrift aus seiner Sturm- und Drangzeit, die neulich hier mitge- teilt wurde. Grautoff spricht weiter von dem Dichter, der Künstler und Mensch ist, der nicht nur Leser, sondern eine große Gemeinde in aller Welt hat. Die beiden Besonderheiten: Tolstois lange Um- werf auf den Brief des unbekanntes Studenten und die Freund- schaft dieses Zwanzigjährigen mit der 84jährigen Malvina von Reichenburg wurden wie überall in diesen Tagen erwähnt, nicht aber die unig-fördernde Zusammenarbeit mit einer anderen Frau, Madeline Kolland, der Schwester, die namentlich bei der Verkün- digung Gandhis und Jung Indiens mitgewirkt hat. Nach Grau-

toffs Rede muß man unwillkürlich an die von Stephan Zweig denken und bedauern, daß das Publikum der Volksbühne nicht diese hören konnte. Im Anschluß an die Rede las Fränze Koloff aus Kollands Werken. Fränze Koloff, eine der ausgeprägt unalltäglichen Künstlerinnen der Volksbühne, die im Theater schwer richtige Rollen bekommt, konnte hier ihre Eigenart ganz zeigen und Kol- lands Sprache und Geist selten eindringlich vermitteln. gewo.

Konzert des Berliner Uthmann-Chors. Es ist noch gar nicht so lange her, daß man „Gesangverein“ und „Kunst“ nur allzu oft als entgegengesetzte Begriffe empfand. Schuld daran waren die hier- heiligeren Rehlen, die häufig an Sommerfesten den Schreien der Ausstüglter bildeten und denen ihr „Gesang“ nur ein Ventil für ihre Värmlust war, die der reichliche Alkoholgenuß erweckt hatte. Heute allerdings sind diese iltben Erscheinungen fast vergessen. Und es ist wohl in erster Linie das Verdienst unserer gutgeschulten Arbeiter- chöre, daß jetzt ein breites Publikum Interesse an allen Darbietungen von Männerchören nimmt. Hier wird nach Feierabend wirkliche Kunstpflege getrieben, das Material wird gründlich geübt und in ernster Arbeit konzertfähig gemacht. Die Ergebnisse, die dabei erzielt werden, sind oft erstaunlich günstig. So bot der Volks- liedernachmittag des Berliner Uthmann-Chors neu erwacht wirklich reine Freude. Unter der Leitung seines Chormeisters Siegfried Günther wurden wieder aus fünf Jahr- hundertern mit sicherem Sittenspenden und schönem musikalischen Können vorgetragen. Besonders günstig gestellt scheint der Chor in bezug auf Bässe, von denen einige durch besonders prächtigen Volktang auffielen. Das Berliner Ulich-Vokal-Zerzett, das bei dieser Veranstaltung mitwirkte, brachte ebenfalls Volkslieder zu Gehör. Ihm wie dem Chor wurde reicher Beifall zuteil. Les.

„Bruno S. Bürgels seltsame Geschichten des Doktor Ublebuhle, Märchen des 20. Jahrhunderts“ hatte die Urania angekündigt. Das hieß, wie die Erschienenen merkten, eine etwa einstündige Vorlesung aus jenem allerdings wunderschönen Buch, in dem Bürgel der Jugend die Märchen der Natur und der Technik erzählt. Dagegen wäre also an sich nichts einzuwenden gewesen. Aber der Vortragende Paul Beck hatte sich in seltsamer Weise als Doktor Ublebuhle aus- stoffiert: eine Jospferide, die er zum Schluß abnahm, schwarze Halsbinde, altmodischer Gehrock, Alentische und Kamelhaarhau- schuhe. So stand er wirklich im Hörsaal der Berliner Urania, trotz- dem diese Gestalt weit eher auf eine Schmierensühne in der finstern- sten Provinz gepaßt hätte. Ueberdem litt der Vortrag, der sonst von Verständnis für Bürgels feine, naturwissenschaftliche Dichtungen zeugte, darunter, daß Beck mehrmals den Faden verlor. I. S.

Volksbühne. Die Uraufführung von Kiffens Bequet's Drama „Sturmflut“ im Theater am Blomplatz ist auf Dienstag, den 18. d. Mt., fest nicht worden. Regie: Erwin Piscator; Bühnenbilder: Conrad Fuhr; Bild- aufnahme: „Ula“.

Die Kunstausstellung „Wedding“ wird am 9. Februar (Barnsdorf G. Stein, Gausferstraße), eröffnet. — Die Veranstaltung ist ab 10. Fe- bruar täglich von 10 bis 7 Uhr geöffnet.

Das römische Forum in London entdeckt. Zwei „Tulla Wall“ ist die Lage des römischen Forums in London bei Reudans in der Gegend der Beere- durg Street, der Lombard Street und der Banquing Street entdeckt worden.

Die Einkommensteuer der Landwirtschaft.

Ein Erfolg bürgerlicher Steuergesetzgebung.

Vor einigen Wochen hatte die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags eine Anfrage eingebracht, die Auskunft über die Einkommensteuerbelastung der größeren landwirtschaftlichen Betriebe für 1924/25 im Kreise Insterburg forderte. Der Reichsfinanzminister hat daraufhin die Antwort erteilt, daß die Belastung ordnungsmäßig durchgeführt sei. Es treffe zwar zu, daß 60 Proz. der Großbetriebe über 40 Morgen steuerfrei veranlagt worden sind, daß aber gleichzeitig die Kleinbetriebe unter 60 Morgen fast sämtlich und von den Mittelbetrieben zwischen 60 und 400 Morgen fast Dreiviertel befreit worden sind.

Die „Deutsche Tageszeitung“ knüpft an die Wiedergabe dieser Antwort die Erwartung, daß die Sozialdemokratische Partei als Progressivlerin und als ihr Bestes überwinden nun auch so ehrlich sind, dieses Ergebnis in der Öffentlichkeit zu verwerfen. Wir haben keinen Anlaß, diesem Wunsch nicht bereitwillig nachzukommen. Für uns bringt die Antwort des Reichsfinanzministeriums nur die Bestätigung unserer Auffassung, daß die landwirtschaftliche Einkommenbesteuerung in der bestehenden Form die Erlassung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft nicht gewährleistet.

Wir können es verstehen und billigen, daß die Kleinbetriebe vollständig befreit worden sind, weil ihre Einkünfte im wesentlichen erarbeitete Einkommen darstellen. Aber der Lohnsteuerpflichtige kann es nicht verstehen, daß Großbesitzer mit mehr als 100 000 Mark Vermögen steuerfrei bleiben, weil das Wirtschaftsergebnis eines Jahres ungünstig war. Selbst wenn diese Steuerpflichtigen nicht nur kein Einkommen, sondern sogar Vermögensverluste gehabt haben, so werden sie immer noch weitläufiger steuerlich günstiger behandelt als die Lohnsteuerpflichtigen.

Tragt etwa unsere Lohnsteuer danach, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft allmählich abnutzt und somit sein einziges Vermögen von Jahr zu Jahr bis zum bitteren Ende der Arbeitsunfähigkeit aufzehrt? Wird er deshalb von der Steuer befreit? Und wenn das Arbeitsvermögen einmal nicht zur Bestreitung des nackten Lebens ausreicht und der Arbeiter Schulden machen muß, wird er dann wenigstens nachträglich von der Lohnsteuer freigestellt? Nein, er erhält nur eine geringe Erstattung, die nicht mehr als ein Almosen ist. Wer fragt den Arbeiter danach, ob er die 30%, die Verbrauchssteuer und die Umsatzsteuer, die den größten Teil der Massenbelastung ausmachen, aus Einkommen oder aus Schulden zahlt? Wir haben bei der Lohnsteuer ein Existenzminimum, das nicht einmal den notwendigen Lebensunterhalt von der Steuer freiläßt. Glaubt aber jemand, daß diese ostpreussischen Großbesitzer, die jetzt von der Einkommensteuer freigestellt worden sind, von der Lust gelöst haben? Sie haben mit ihren Familienangehörigen gelebt und sich sicherlich kaum Einschränkungen ihrer Lebenshaltung auferlegt. Sie sind trotzdem steuerfrei, während der Lohnsteuerpflichtige hart bluten muß.

Nur weil diese Ungerechtigkeiten bestehen, können aus der Massenbelastung Monat für Monat nahezu dreiviertel aller Reichssteuererträge auskommen. Und darum muß es die Massen erbittern, wenn andere Erwerbszweige mit anderen Massen gemessen werden.

Nach Jankoffs Sturz.

Sozialistische Forderungen an Jablischeff.

Wie man uns aus Sofia berichtet, ist das Verschwinden des Kabinetts Jankoff mit großer Freude im ganzen Lande aufgenommen worden, obwohl auch die neue Regierung von der Partei „Demokratisches Sgornik“ abstammt. Die Arbeiter- und Volksmassen sind zufrieden, daß endlich diese blutige Regierung gegangen ist. Zur neuen Regierung Jablischeff stehen die Volksmassen abwartend. Auch von dieser Regierung ist eine Milderung der Wirtschafts- und Finanzkrisis im Lande kaum zu erwarten, ohne daß man schon jetzt bezweifeln möchte, daß das Kabinett Jablischeff sich darum ernstlich bemühen wird.

Die große Reform aber braucht ganz neue Leute an der Spitze des Staates, sobald die unter dem vernichtenden Einfluß der bolschewistischen Bauern-Regierung verkrüppelten Volksmassen in den Dörfern und Städten wieder zu sich kommen. Um diese Ermächtigung der Volksmassen bemüht sich unsere Partei am meisten. Sie können und werden sich an der Staatsverwaltung nur beteiligen unter sozialistischer Führung. Bei jeder anderen Lage würde unser Land neue Umstürze erleben müssen.

Ob das Kabinett Jablischeff eine Stufe zur Sicherung des Friedens sein oder sich ebenfalls durch eine Abenteuerpolitik nach außen blamieren wird wie das Kabinett Jankoff, wird sehr bald klar sein.

Das Verhalten der bulgarischen sozialdemokratischen Partei zur neuen Regierung wurde am 5. Januar d. J. ersichtlich, und zwar als unser Fraktionsvorsitzender, Genosse Kr. Paskoff im Parlament folgende Forderungen erhob:

1. Abhängigkeit und Milderung der fürchterlichen Wirtschaftskrisis im Lande.
2. Weltweites Amnestie für alle im Bürgerkrieg beteiligten Bürger.
3. Wiederherstellung der Rechtsordnung, der Gerechtigkeit und der Freiheit im Lande.
4. Sicherung der Selbstverwaltung und der Wahlfreiheit, indem die Gewalt Herrschaft gänzlich abgeschafft wird.
5. Erfüllung der versprochenen sozialpolitischen Gesetzgebung, Versorgung sämtlicher Arbeitslosen.
6. Wiederherstellung des proportionalen Wahlsystems.
7. Besserung der Beziehungen zu den Balkanstaaten und Großmächten und Milderung der Reparations- und Finanzbelastungen.

Fälscher- und Bademeister.

Auch Druckpressen werden in die Donau geworfen. Budapest, 8. Februar. (W.T.B.) „Pesti Naplo“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Vertreter der Bank von Frankreich, Colard, und mit dem französischen Polizeibeamten Doucet. Die Berichte, wonach die in Budapest verarbeiteten Altschees aus der Reichsdruckerei der Bank von Frankreich stammen, aus wo sie feinerzeit von den deutschen Besatzungstruppen mitgenommen worden seien, bezeichnete Colard als Ausgeburt der Phantasie und erklärte, daß die Altschees, mit denen die Noten in Budapest gedruckt worden seien, nicht aus Reims, sondern von ganz wo anders her stammen. Auf die Frage woher, antwortete Colard: „Ich weiß es nicht.“ Auf die Bemerkung des Berichterstatters, daß seines Wissens die Franzosen noch eine Druckmaschine suchten, erwiderte Doucet, daß diese Maschine bisher nicht gefunden worden sei, und auch in Zukunft nicht gefunden werden könne, weil sie in die Donau geworfen sei.

Syrien und die Insel. Der französische Oberkommissar für Syrien, de Jonckheere, teilt zu Besprechungen mit der Regierung nach Bagdad.

Eine Messe der Not.

Unter dem Zeichen der Wirtschaftskrise stand die gestern in der Halle der Funkindustrie am Kollardplatz eröffnete Bekleidungsmesse. Die Zahl der Aussteller ist, wie auch Ostor Heymann für die Messeleitung in seiner Eröffnungsansprache hervorhob, gegenüber der Herbstmesse geringer gemessen. Die Ausstattung der Stände ist dieses Mal sehr einfach gehalten, und man muß leider sagen, daß darunter der künstlerische Eindruck gestimmt hat. Untergebracht waren Damen- und Mädchenkonfektion in der Funkhalle, Herrenkleidung in der Automobilhalle I. Reichlich vertreten war unter anderem die Strickwarenindustrie, die durch neue Farbmuster bewies, daß der Jumper und der Pullover noch nicht aus der Mode gekommen ist. Daneben schreien das Cape wieder einmal als Modestücke in Aufnahme zu kommen. Verschiedene führende Firmen hatten davon sehr geschmackvolle Modelle ausgestellt. Wie früher, herrscht auch heute wieder die schwarze Farbe vor, dazu ein scharfgezierter Kragen aus weißen Kreppstoffen. Auch in Abendkleidern beweist die Berliner Konfektion durch die ausgestellten Modelle die Höhe ihrer künstlerischen Leistungsfähigkeit. Bevorzugt werden Stoffstoffe in Zusammenfassung mit Krepp-Georgette oder Krepp-Morocain. Ebenso bevorzugt sind Kreppstoffe für die Sommerhüte, von denen einige reizende Modelle gezeigt wurden. Wie weit die Waren preiswert sind — und das bleibt doch das Entscheidende — darüber fehlt natürlich das Urteil. Vielleicht wäre es empfehlenswert, wenn die Aussteller entgegen den bisherigen Gepflogenheiten Konkurrenzbedenken beiseite lassen und zum mindesten bei den Konsumwaren die Preise veröffentlichen.

Böß gegen die Geheimräte.

Nichtabgebaute Feinde der Selbstverwaltung.

Die Demokratische Partei veranstaltete durch ihren kommunalpolitischen Ausschuss Sonntag eine Konferenz von Kommunalpolitikern deutscher Städte und Mitglieder der Parlamente. In einem einseitigen Vortrag äußerte sich Oberbürgermeister Böß sehr scharf gegen die noch in den Ministerien stehenden alten Geheimräte, die eine Gefahr für die Selbstverwaltung der Gemeinden seien. Berlin habe vor dem Kriege besser mit der Regierung gestanden als jetzt, wo die alten Geheimräte mehr Einfluss als damals haben. Mehr als je herrsche heute die Bureaucratie, die systematisch an der Zurückwerfung der Selbstverwaltung arbeite. Der Entwurf zur neuen Städteordnung zeige, daß auch die Parlamente bei der Vernichtung der Selbstverwaltung mitwirken sollen. Bedauern müsse man, daß die demokratische Landtagsfraktion nicht mit allen Mitteln und aller Kraft zeitig genug gegen dieses Attentat auf die Selbstverwaltung vorgegangen sei. Böß erklärte, daß Reich und Staat in ihren Ministerien ebenso abzubauen haben, wie die Städte das in ihrer Verwaltung haben tun müssen. Nur so sei es möglich, in Reich und Staat billiger zu wirtschaften und den Steuerdruck zu erleichtern. Man will den Gemeinden wieder das Recht geben, Zuschläge zur Staatseinkommensteuer zu erheben. Das sei aber bei den hohen Staatseinkommensteuerebenen gar nicht mehr möglich.

James Klein, der Sieger.

Nachdem kürzlich eine Versammlung der Angestellten des Theaterbetriebes von James Klein ihrem Herrn und Gebieter das Vertrauensvotum erteilt hatte, folgte gestern diesem Beispiel auch die Gläubigersammlung, die nach dem Hotel „Kustischer Hof“ einberufen worden war. Das Ergebnis der Versammlung war, daß James Klein wider die Meinung der Komischen Oper übernimmt, kontrolliert von einem Verwaltungsausschuss, der aus den Rechtsanwälten Dr. Boll (dem Vorsitzenden des Gläubigersausschusses), Dr. Frankfurter (dem Vertreter der Grundstücksinhaber) und Dr. Julius Meyer I (dem Vertreter von James Klein selbst) besteht. James Klein übernimmt alle seine Werte dem Gläubigersausschuss, nimmt aus den Einnahmen der Vorstellung der Komischen Oper nichts für sich. Von dem, was herein kommt, werden zuerst die laufenden Ausgaben, Lagen und Gehälter bestritten, der Rest wird den Gläubigern überantwortet.

„Nicht verhungert.“

In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 27. Januar brachten wir mit der Ueberschrift „Eine Hausangestellte verhungert“ die Aufklärung über den Fund einer Mädchenleiche im Wannsee. Es war ferner darauf hingewiesen, daß in Zehlendorf das Gerücht geht, das Mädchen sei bei seiner Dienstherrschaft, einem Pflanzler in Potsdam, nicht genügend ernährt worden. Rumoren bitten uns die Eltern des Mädchens mitzuteilen, daß die Verstorbene sowohl als auch die Eltern mit der Behandlung und auch mit der Verpflegung bei der Dienstherrschaft durchaus zufrieden waren. Das Mädchen habe sich in einem guten Ernährungsstande befunden. Die Abmagerung, die an der Toten festgestellt wurde, ist eine Folge ihres vierwöchigen Umherirrens. Die Eltern bitten, Mittelungen, die geeignet wären, das Verschwinden und den Tod der Tochter aufzuklären, ihnen zukommen zu lassen. Anschriften an: Emil Hoppe, Bad Sachsa, Südburg, Pfaffenwiese 12.

Reichsbannerkundgebung in Karlshorst.

Als Antwort auf das feige Buchentwurf von 20 Hakenkreuzlern, die in Karlshorst die Heldentat fertig bekamen, einen einzelnen Reichsbannermann zu Boden zu schlagen, und gleichsam auch als Gegenmanifestation gegen den schändlichen Kriegervereinstummel, der dort noch sehr gern entsetzt wird, entsandte gestern das Reichsbanner mehrere seiner Kameradschaften nach Karlshorst. Die Kundgebung, die ihren äußeren Ausdruck auf den Straßen in reihen schwarzen Uniformen fand, gestaltete sich gleichzeitig zu einem machtvollen Protest gegen die fürstenabsichtungen. Mit Begeisterung wurde die Ansprache des Bürgermeisters, Genossen Nieliß, der sich in scharfen Worten gegen den Raubzug der ehemaligen Regenten wandte, aufgenommen. Einmütige Zustimmung fand auch des Redners Forderung, die Schloßler als Erholungsheime zu nutzen und einen großen Teil der verlangten Gelder den Kriegswaisen zukommen zu lassen. Der hervorragende Verlauf der Veranstaltung sollte dazu anregen, mehr noch als bisher republikanische Kundgebungen dort zu veranstalten, wo die Anhänger der Reaktion in besonders starkem Maße Freunde ihrer dunklen Pläne zu gewinnen versuchen.

Politik in Krähwinkel.

In einem kleinen Vorort von Berlin existieren zwei Sozialzeitungen, „Der Anzeiger“ und der „Vereinsanzeiger“, die, wie es sich gehört, in erbittertem Kampf mit einander liegen. Abgesehen davon, daß Konkurrenz eine unangenehme Erscheinung ist, steht der „Anzeiger“ auf unerschütterlichem, evangelischem und nationalsozialistischem Boden, während der „Vereinsanzeiger“ katholische Tendenzen vertritt und, was noch schlimmer ist, politisch links orientiert ist. Nun sucht der „Anzeiger“ einen Expedienten und Buchhalter. Ein jüngerer Herr wird probeweise für einen Monat engagiert, der neben guten Zeugnissen noch mit einer schwarzweißen Meinung auswarten kann. Er ist Führer der Ortsgruppe der „Olympia“ und Mitglied aller örtlichen nationalen Vereine, ein Mann also, über den der „Anzeiger“ in Entzücken gerät. Nach ein paar Tagen wird diesem prachtvollen jungen Mann ein Sohn geboren, und in seiner Freude infiziert der frisch gebadene Papa das Ereignis auch im „Vereinsanzeiger“. Die Geschäftsführung des „Anzeigers“ fühlt sich einem Schlaganfall nahe, sie wittert Derrart und fühlt, wie alle Stützen von Thron und Altar ins Wanken geraten. Der junge Mann wird sofort entlassen, fröhlich und streng natürlich umgebend einen Prozeß gegen den „Anzeiger“ an. Bei der Verhandlung erklärt der Inhaber mit einer Stimme, in der chr-

bare Ueberzeugung schwimmt, die Bevölkerung sei evangelisch und stehe auf rechtspolitischem Boden. Dieser Tatsache hätte sich der „Anzeiger“ seit Jahren angepaßt. Der „Vereinsanzeiger“ bemüht sich dagegen, Zwietracht zu säen und die Bevölkerung in ein katholisches und linkspolitisches Hochmoller „einzubiegen“. Durch sein Inerat hätte der Buchhalter sein Interesse für den „Vereinsanzeiger“ derart offensichtlich zum Ausdruck gebracht, daß sein Betragen im höchsten Grade unmoralisch zu nennen sei. Seine fristlose Entlassung wäre demnach nichts weiter als gerecht gewesen. Das Gericht schloß sich dieser „Ueberzeugung“ nicht an und verurteilte den „Anzeiger“ auf Zahlung des Gehalts für den Probenmonat.

Ein Inflationsbankier.

Millionenverluste der Deutschen Girozentrale.

Die großen Verluste, die die Deutsche Girozentrale am Ende der Inflation erlitten hatte und die nahezu 2 000 000 Mark betragen, beschloß sie in mehrjähriger Verhandlung die 4. Große Strafkammer des Landgerichts I als Berufungsinstant. Das Schöffengericht Mitte hatte im Sommer den Bankier Julius Höfling wegen fortgesetzten Betruges nur zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, und ihn außerdem für die durch die Unterjuchungshaft noch nicht abgezahlte Strafe mit Bewährungsfrist entlassen. Der Mitangeklagte, Hauptkassierer und Prokurist der Deutschen Girozentrale, Arthur Hinz, war von der Anklage der Untreue freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Höfling, ein noch ziemlich junger Mann Anfang der Zwanziger, war einer jener Inflationsbankiers, die unter Ausnutzung der Markenerwerfung schnell zu großem Reichtum gekommen waren. Mit dem Ende der Inflation brach die Herrlichkeit jedoch zusammen. Der Fall der Deutschen Girozentrale zeigt deutlich, wie er sich sein „Vermögen“ erworben hatte. Höfling hatte Hinz veranlaßt, ihm einen billigen Kredit einzuräumen und erhielt einen Reichsbankcheck, den er einlieferte und auch vermerkte. Für den Kredit selbst hatte er keine Deckung, sondern schaffte sie erst nach Empfang des Geldes von der Reichsbank. Die Deckung des Kredites brachte ihm durch die am nächsten Tage eingetretene Geldentwertung einen ansehnlichen Gewinn. Die Strafkammer verurteilte Julius Höfling, der wenige Tage vor der Hauptverhandlung wieder in Haft genommen worden war, wegen fortgesetzten Betruges zu 2 Jahren Gefängnis. In dem Verfahren des Hauptkassierers Arthur Hinz erblidete die Strafkammer Untreue und erkannte gegen ihn auf 1 Jahr Gefängnis.

Kirchstraße 9.

Kein Geld für den Aufbau.

Seit einigen Wochen sind an der Explosionsstelle in der Kirchstraße 9 ungefähr 100 Handwerker und Arbeiter mit Aufbaurückbau- und Ausbesserungsarbeiten beschäftigt. Bis jetzt hat eine Baufirma die Arbeiten auf eigene Rechnung übernommen in der Hoffnung, daß die Versicherungsgesellschaft bald die Reparaturkosten übernimmt. Die Ursachen des Unfalls haben sich aber bisher noch nicht feststellen lassen und ob sie überhaupt festgestellt werden können, ist noch sehr fraglich.

Die Baufirma hat nun bisher 40 000 M. vorausgelegt und will jetzt die Arbeiten an dem Ausbau einstellen. Damit werden bei dieser großen Arbeitslosigkeit wieder 100 Menschen erwerbslos und dringend benötigte Wohnungen bleiben unvollendet.

Einumleitung der Straßenbahn wegen Bauarbeiten.

Bauarbeiten am Marktplatz und an der Prinzessinnenstraße werden in der Nacht vom 8. zum 9. Februar (Montag/Dienstag) von 1 1/2 Uhr an und in der Nacht vom 11. zum 12. Februar (Donnerstag/Freitag) von 12 1/2 Uhr an die in Frage kommenden Linien wie folgt umgeleitet: Linien 27, 47, 147, 48, 55, 98, 98, 128, 29 und 44 vom Marktplatz bzw. von der Brückenstraße über Köpenicker Straße, Adolbertstraße, Waldemarstraße, Kaufherr Weg, Wiener Straße. Die Linien nach Neutöplitz werden über Grünauer Straße, Reuterstraße, Berliner Straße, die Linie 98 über Grünauer Straße, Reichenberger Straße, Glogauer Straße, Panzerstraße, Kaiser-Friedrich-Straße weitergeführt. In der Richtung nach Berlin fahren die Wagen der Linien 27, 28, 128, 47, 48, 55, 98 von der Dranienstraße über Dresdener Straße, Spingelstraße, Marktplatz, Dranienstraße bzw. Kommandantenstraße, Spingelmarkt, Rottenturm. In der Nacht vom 11. zum 12. Februar wird von 12 1/2 Uhr an zwischen Dranienbrücke und Gölzener Bahnhof bzw. Dranienbrücke über Kolonnenweg nach Neutöplitz, Kaiser-Friedrich-Straße und Berliner Straße ein Pendelbetrieb eingerichtet.

Kno und Motorrad. Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich gestern nachmittags an der Ecke Garten- und Viefenstraße im Norden Berlins zwischen einer Kraftdrosche und einem Motorrad, das mit drei Personen, zwei Männern und einer Frau, besetzt war. Alle drei wurden schwer verletzt und mußten in ein Krankenhaus geschafft werden. Das Motorrad wurde zertrümmert, während die Kraftdrosche nur leicht beschädigt wurde.

Defensivsturz. Auf den Alarm Gasexplosion wurden heute vormittags mehrere Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach der Friedrichstraße, Ecke Kronprinzliche Straße, alarmiert. Wie die Wehrleute jedoch bei ihrem Eintreffen feststellten, war infolge von Bauarbeiten die Decke eines sich im 4. Stock befindlichen Erkers eingestürzt. Erhebliche Mengen von Schutt und Steinen, die hierbei auf die Straße stürzten, hatten zu dem Gerücht einer Gasexplosion Anlaß gegeben. Glücklicherweise soll niemand verletzt sein.

Walter Rathenau als Politiker. Vortrag von Frau Rita Rebern-Kohlmann am Dienstag, den 9. d. M., sämtlich 8 Uhr, im Reichstagsklub, Neuenweg 15.

Annahmen für die weltliche Schule in Charlottenburg, die zu Ostern d. J. in der 34. Gemeindeschule, Spreestr. 39-40, am Bismarckplatz, eingerichtet werden soll, nehmen noch einlegen: Heidrich, Baierle, 100; Winkler, Bismarckstr. 55; Densch, Bismarckstr. 42; Hammer, Goldammer Straße 44; Bierow, Niebuhrl. 29 und die Geschäftsstelle der Freien Schulgenossenschaft: Bismarckstr. 29 und 1. Kinder, die zu Ostern eingeschult werden, müssen außer der Anmeldung für die weltliche Schule, auch bei ihrer zuständigen Schulgemeinde gemeldet werden.

Eisenbahnzusammenstoß in Frankreich. Einer Meldung aus La Louvière zufolge ist auf dem dortigen Güterbahnhof ein Zusammenstoß auf einen Güterzug ausgefallen. Eine Person soll getötet, 9 schwer und 23 leicht verletzt worden sein.

Lebenslanglich. Aus Kairo wird gemeldet, daß die beiden deutschen Kairoer, die im Jahre 1923 den englischen Unteroffizier Temjit Bey Karan ermordet hatten, vom deutschen Konsulargericht unter dem Vorbehalt des Ministers a. D. Heine zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt worden sind.

Ein sensationelles Todesurteil in England. Dochiam, der Leiter des ägyptischen Geheimdienstes in Europa und Südamerika und ein persönlicher Freund des verstorbenen Sunjassen, ist gestern vom Chester Schwurgericht wegen Ermordung seiner englischen Frau und seiner beiden Töchter zum Tode verurteilt worden. Allgemein wird in der englischen Presse die stoffliche Ruhe des Chinelen hervorgehoben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Das heute in den Januar-Mitteilungen angebotene Goldberger Programm nebst Kommentar ist nunmehr in einigen Tausend Exemplaren im Sekretariat eingetroffen. — Die Verächler können von den Mitteilungen gegen sofortige Bezahlung abgeholt werden. S. U. W. Vogel.

49. Wkt. beim Montag, den 9. Febr., abends 8 bei Fritz, Friedrichstraße 1, Funkhausgebäude.
128. Abteilung. Schenkens. Sammelstellen und Material zum Schlußabend sind bei dem Generalsekretär, Sedanstraße 46, am Dienstag, 6. d. M., von 6 bis 6 Uhr abzuholen.

